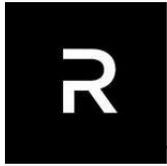


Regierung

Kehrtwende beim Gefangenentransport



von [Reporter.lu](https://www.reporter.lu)

22. November 2024

„Um die Überlastung der Polizei zu verringern, sollen bestimmte Aufgaben, wie der Transport von Häftlingen, von Justizvolzugsbeamten übernommen werden.“ So hatten es CSV und DP in [ihrem Koalitionsvertrag](#) festgehalten. Damit wollten sie einer wiederkehrenden Forderung vonseiten der Polizei Rechnung tragen. Mittlerweile steht die schwarz-blaue Regierung aber offenbar nicht mehr so deutlich hinter dem Vorhaben. Das wiederum sorgt für Kritik.

„Es fanden Konsultationen mit allen Beteiligten statt, die bestätigen konnten, dass das derzeitige System gut funktioniert“, schreibt nämlich Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) in ihrem Namen und in jenem des Ministers für innere Angelegenheiten, Léon Gloden (CSV), in [einer Antwort](#) auf [eine parlamentarische Anfrage](#) des Abgeordneten Dan Biancalana (LSAP). Nach einer Verlagerung der Zuständigkeit für den Gefangenentransport klingt das nicht mehr.

Allerdings merken die Minister in ihrer Antwort an, dass „der Transport von Häftlingen jedoch erhebliche personelle Ressourcen bindet“. Deswegen sei festgelegt worden, dass „zunächst nach alternativen Lösungen gesucht werden sollte, um die Anzahl der Transporte zu reduzieren, und die Arbeitsüberlastung der für den Transport zuständigen Polizeibeamten zu mildern sowie ihnen mehr Zeit für andere Aufgaben zu geben, für die sie ebenfalls benötigt werden“.

Diese Transporte aus den Strafanstalten in Schrassig und „Uerschterhaff“ werden aktuell von der „Unité de garde et d'appui opérationnel“ (UGAO) der Polizei durchgeführt. Die rund 70 Beamten dieser Einheit sind aber nicht nur für diese Transporte zuständig, sondern übernehmen auch andere Aufgaben. Das führe zu Druck und Unzufriedenheit bei diesen Polizisten, sagte Marlène Negrini, die Präsidentin des „Syndicat National de la Police Grand-Ducale“ (SNPGL), unter der Woche [im Interview mit „Radio 100,7“](#).

Zuvor hatte das SNPGL in einer Pressemitteilung auf die Angaben der Minister reagiert. Darin befürchtet die Polizeigewerkschaft, es sei „wahrscheinlich, dass die Polizei diese Aufgabe auch langfristig übernehmen wird, was direkte und negative Auswirkungen auf die Arbeitsweise der Polizei“ habe. Die Vereinigung „eran, eraus ... an elo?“, die sich für die Interessen von Häftlingen einsetzt, ihrerseits fordert [in einer Mitteilung](#) „die Regierung nachdrücklich dazu auf, ihr ursprüngliches Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten“.

Eine Übernahme der Transporte durch Gefängnisbeamte scheint jedoch am Willen der Justiz zu scheitern, in deren Zuständigkeit die Verwaltung der Strafanstalten fällt. Dies geht zumindest aus den Aussagen von Marlène Negrini bei „Radio 100,7“ hervor. In den Augen der SNPGL-Vorsitzenden müsse der Transporte von Häftlingen einer eigenständigen Einheit anvertraut werden.

Sollte diese Einheit weiter bei der Polizei angesiedelt sein, so plädiert die Gewerkschafterin dafür, dass dazu ein Pool von 30 bis 40 Beamten geschaffen wird, die dann ausschließlich diesen Dienst und keine anderen Aufgaben übernehmen. Der Gefangenentransport erfordert in der Tat viele Ressourcen: Zwischen April 2023 und März 2024 wurden nicht weniger als 1.838 solcher Transporte durchgeführt, wie aus der Antwort der Minister hervorgeht. (GS)